

Die folgenden Thesen wurden im Rahmen der „Aktion gegen den Krieg“ am 06.04.2002 in Göttingen als Plakate vergrößert und an ein „Diskussionszelt“ gehängt. Sie sollten zum Lesen und Diskutieren anregen.

„Was hätte Bin Laden denn sonst machen sollen?“

Den Kritiker den Angriffs auf Afghanistan wird oft entgegen gehalten. „Aber was hätte Busch nach dem schrecklichen Terrorangriff denn sonst machen sollen? Ohne Gegengewalt lässt sich der Terror nicht stoppen.“

Diese Frage tut so, als ginge es um eine nüchterne Betrachtung, um ein sachliches Abwägen des Für und Widers möglichen Reaktionsweisen. Das ist Heuchelei!. Diese „Frage“ ist nichts als eine einseitige, unsachliche und die Gewalt verherrlichende Parteinahme, die im Prinzip nicht anders argumentiert als die Terroristen selbst.

Was hätte Bush denn sonst machen sollen?	Was hätte Ben Laden denn sonst machen sollen?
Wir reagieren auf einen terroristischen Angriff und verteidigen die Freiheit.	Wir reagieren auf Politik der USA in den arabischen Ländern und auf das Streben der USA nach Weltherrschaft.
Wir schützen die Zivilisation und die westliche Wertegemeinschaft.	Wir schützen den Islam vor den Ungläubigen.
Anders lässt sich der Terrorismus nicht stoppen.	Die "amerikanischen Teufel" verstehen keine andere Sprache, gegen ihre rücksichts-lose und feige Gewalt hilft nur der heilige Krieg.
Eigene Opfer müssen wir jetzt in Kauf nehmen, sonst werden die Opfer morgen noch größer sein.	Unsere Kämpfer sind Märtyrer für die gerechte und heilige Sache des Islams.
Bald verfügen die Terroristen über Massenvernichtungswaffen, wir müssen sie heute mit allen Mitteln stoppen, sonst ist es morgen zu spät.	Amerika produziert und besitzt alle Formen von Waffen und hat sie auch schon eingesetzt.

Hinter den Anschlägen vom 11. September stecken nicht die Verarmten und Ausgebeuteten dieser Welt und die Bombardierung Afghanistans richtet sich nicht gegen die mutmaßlichen Hintermänner der Anschläge.

Für die „Terroristen“ sind die Armen dieser Welt selbst nur Mittel zum Zweck. Zum einen dienen sie als Berufungsinstanz für die eigenen politischen Zwecke. Zum anderen sind sie selbst Opfer der Terroristen. Wo der islamische Fundamentalismus an der politischen Macht ist, wachsen Armut und die politische Unterdrückung. Der Anschlag am 11.9. produzierte nicht nur Opfer in Amerika, er kalkulierte die Opfer der islamischen Länder mit ein, ja er wollte sie sogar provozieren. Wenn die USA erst einmal zurückschlagen - so die terroristische Kalkulation - dann wird dies den Fundamentalismus politisch stärken.

Beide Ereignisse gehören zur Strategie der weltweiten Kontrolle von Arbeitskraft und der Absicherung der globalen Verwertung von Kapital. Dabei geht es nicht einfach um Profitmachen im ökonomischen Sinne, sondern um die Absicherung und Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse.

Politik wird zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln

Der Unterschied zwischen Krieg und Frieden verschwindet mehr und mehr. Beide verfolgen das Ziel der Unterwerfung unter die westlichen, speziell US-amerikanischen Interessen.

So genannte „Schurkenstaaten“ werden durch Militärschläge bedroht, obwohl selbst die US-Geheimdienste keine Bedrohung durch sie aktuell und in absehbarer Zeit erkennen können. Ihr wichtigstes Verbrechen ist es, gegen die Politik vor allem der USA zu stehen.

Politische Vermittlung oder die Abstimmung mit so genannten Verbündeten ist dabei keine Alternative zum Krieg, sondern als Kriegsdiplomatie selbst Mittel zur Unterwerfung. Zusammenarbeit gibt es auch für Verbündete nur als Unterwerfung.

Glaubt ihnen kein Wort

Noch immer sind die angeblichen Beweise gegen Bin Laden und die Taliban nicht öffentlich zugänglich.

In Bosnien wurden El Kaida-Anhänger von einem Gericht freigesprochen, weil die USA keine Nachweise für ihre Schuld vorlegen konnten. Nach der Freilassung wurden sie entführt und nach Guantanamo deportiert.

Nach dem 11. September wurde das „Büro für strategische Einflussnahme“ von der US-Regierung gegründet. Aufgabe des Büros war es Desinformationen zu verbreiten, durch die Öffentlichkeit und politisch Verantwortliche sowohl befreundeter als auch feindlicher Länder beeinflusst werden sollten. Das Büro wurde offiziell geschlossen, als seine Funktion der Öffentlichkeit bekannt wurde.

Die „europäische Rüstungslücke“ ist eine Aufrüstung gegen Amerika

Es sieht so aus, als sei die EU-Politik gewaltfreier, eher auf Ausgleich bedacht oder auch „menschfreundlicher“ als die US-Politik. Die EU-Politik stellt sich dabei als etwas „Besseres“ dar, dabei ist es nur eine Konkurrenz in dem selben Machtanspruch.

Wenn die EU-Regierungen auch Krieg führen, mitmachen und nicht der US-Regierung die Vorherrschaft in der Welt überlassen wollen, müssen sie danach streben, mindestens mit den USA militärisch gleichzuziehen. Das wird richtig teuer, denn Flugzeugträger, Atomwaffen, Aufklärungssatelliten, Kampfstationen im Weltraum u.ä. kosten viel Geld .

Die Verbündeten von heute sind die Terroristen von gestern & morgen

Früher war die Sowjetunion das Reich des Bösen, heute ist Russland ein befreundeter Staat, morgen kann er schon wieder ein Feind werden, der Massenvernichtungswaffen baut oder „Terroristen in den Westen schickt“.

Die Taliban bzw. Bin Laden waren früher Freunde der pakistanischen Großmachtspolitik und wurden durch die US-Regierung unterstützt. Heute sind sie deren Feinde.

Früher waren Arafat, aber auch Begin und Schamir Terroristen, später wurden sie mehr oder minder geachtete Staatsmänner. Im Moment gibt es Versuche, Arafat wieder zum Terroristen zu stempeln.

Die Operation „Dauerhafter Friede“ bedeutet endlosen Krieg

Nach Aussage von Bush soll der Krieg 10 Jahre und länger dauern.

Mittlerweile verfolgt die US-Regierung in Afghanistan nicht nur die vordergründigen Ziele der Vernichtung des terroristischen Taliban-Regimes. Ziel ist jetzt die Schaffung einer Weltordnung nach ihren Vorstellungen. In einem fundamentalistisch pseudoreligiösen Wahn teilen sie die Welt in Gut und Böse. Alles was ihnen nicht genehm ist, soll als „das Böse“ vernichtet werden.

Die aktuelle Liste der Staaten, in denen von US-Seite noch interveniert werden soll, umfasst die Philippinen, Irak, Jemen, Somalia, Georgien, Kolumbien...

Wir sind von Terroristen bedroht - Aber wenigstens sind die Renten und Arbeitsplätze sicher

Zum Glück können wir uns dank der neuen Sicherheitsgesetze, des Ausbaus der Sicherheitsbehörden und allgemeiner Sicherheitshysterie endlich wieder sicher fühlen.

Sicherlich wird diese Sicherheit auch zu sicheren Arbeitsplätzen, sicheren Renten, zumindest aber mehr Sicherheitsnadeln führen.

Krieg nach außen ist auch Krieg nach innen

„Äußere und innere Sicherheit sind nicht mehr zu trennen“, sagte Innenminister Schily nach dem 11. September. Die ganze Gesellschaft sei Angriffsziel von Terrorismus. Daraus folgt der Anspruch auf totale Erfassung, mit der Deutsche und Nichtdeutsche gleichermaßen willkürlich marginalisiert werden können.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen wachsender sozialer Unsicherheit und Verschärfung der Sicherheitsgesetze. Die Politik der Deregulierung organisiert ein immer größeres Maß an sozialer Unsicherheit, Entwurzelung, Verarmung bis hin zur Vernichtung - und zwar global. Diese soziale Unsicherheit kann umschlagen in politische Unsicherheit.

Der Sicherheitsdiskurs ist die Antwort auf eine politische Bedrohung, die es bei uns noch nicht gibt.

Der Krieg ein großer Gewinn für Afghanistan?

Es wird verbreitet, dass der Krieg gegen Afghanistan aus Gründen der Selbstverteidigung und der humanitären Befreiung der afghanischen Bevölkerung geführt würde.

Die „Kollateralschäden“ werden uns als notwendige Begleiterscheinungen des Krieges vermittelt, auf dem Weg eines Landes zu den zivilisatorischen Errungenschaften des Westens.

Als Haupterrungenschaft des Krieges wird uns die Befreiung der Frauen verkauft. Sie werden von staatlicher Seite nicht mehr gezwungen einen Schleier zu tragen. Das scheint aber auch fast alles zu sein. Ihre Beteiligung an der westlich eingesetzten Übergangsregierung und der neuen gesetzgebenden Stammesversammlung ist marginal (ca. 160 Frauen von 1.500 Delegierten).

Jedoch ist es nicht so, dass die humanistischen Ziele leider nur unvollständig erreicht worden sind. Sie sind nichts als „Abfallprodukte“ der kriegerischen Unterwerfung dieses Landes unter die westlichen ökonomischen und militärischen Interessen. Und doch werden sie als Hauptziel angeboten, um die Akzeptanz der Ermordung von Menschen und der Zerstörung der verbliebenen Infra- und Sozialstruktur in der Öffentlichkeit zu erhöhen.

Wie gut, dass die Invasoren immer Frieden nach Afghanistan brachten

I. Festigung der Monarchie, die immer größere Bereiche kontrolliert

- | | |
|-----------|---|
| 1838-1842 | Besetzung durch die Briten mit katastrophalem Ende |
| 1857-1860 | Afghanisch-persischer Krieg als russisch-englischer Stellvertreterkrieg mit der Eingliederung von Herat durch Afghanistan |
| 1889-1890 | Krieg mit England mit Verlust der östlichen Berggebiete an Britisch- Indien und Verlust der außenpolitischen Souveränität |
| 1919 | Krieg mit England unter Wiedergewinnung der Souveränität |

II. Seit dem Putsch 1973 allmähliche Auflösung der staatlichen Struktur

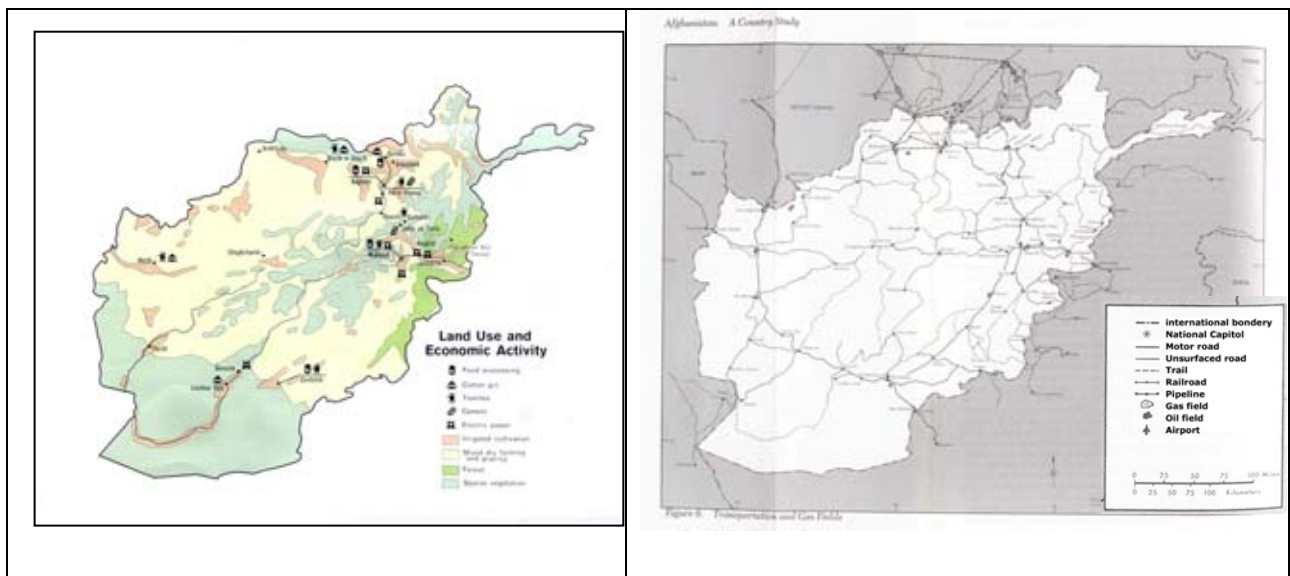
- | | |
|------|---|
| 1973 | und zweimal 1979 Putsch prosovjeterischer Machthaber, die zur |
|------|---|

- 1979-1989 Intervention der Sowjetunion führt, allerdings u.a. an der Gegenintervention der USA und einer allgemeinen muslimischen Mobilisierung scheitert
- 1992-2001 Bürgerkrieg verschiedener Fraktionen, ab 1995 Installierung des Taliban-Regimes vor allem durch Pakistan, Unterstützung der Taliban-feindlichen Nordallianz durch Rußland, Iran, Indien und die zentralasiatischen Staaten
- seit 2001 Intervention der USA und ihrer europäischen Verbündeten, möglicherweise Beginn der Rekonstruktion des Zentralstaates

„Bei diesem Krieg geht es weder um ökonomische noch um geopolitische Interessen, sondern ausschließlich um das Wohl der afghanischen Bevölkerung.“

Bei diesem Krieg geht es ausschließlich um die Festnahme von bösen Terroristen und die Befreiung der versklavten und hungernden afghanischen Bevölkerung, insbesondere der unterdrückten Frauen, denn in und um Afghanistan herum gibt es ja überhaupt keine Ölvorkommen, die von multinationalen westlichen Konzernen ausgebeutet werden könnten, und auch mögliche Pipeline-Routen spielen bei diesem Krieg überhaupt keine Rolle.

Zudem hat Afghanistan keinerlei bedeutsame große Nachbarstaaten wie es beispielsweise der Iran oder China wären, so dass eine militärische Präsenz in einem politisch stabilen und befreundeten Afghanistan sowie in den benachbarten Kaukasusstaaten für den Westen überhaupt nicht von Interesse ist.



Die europäischen Bedenken gegen die „bedenkenlose Fortsetzung des Antiterrorkriegs“ sind reine Heuchelei

Die europäischen Partner legen Einspruch ein gegen die vom US-Präsidenten angekündigte Fortsetzung des Antiterrorkriegs. Vollmundig beschwören sie eine Politik, die ihrer "abendländischen Kultur" entspräche. Die "europäische Zivilgesellschaft" teile nicht den "absoluten und simplizistischen Ansatz" der Amerikaner, die "alle Probleme der Welt auf den Kampf gegen den Terror reduzieren", kritisiert Frankreichs Außenminister Védrine. Die "Achse des Bösen" sei "nicht die Art und Weise, wie wir Politik anlegen"; einen "auf das Militärische verengten Sicherheitsbegriff" wie von den USA verfochtenen vertrete die EU nicht, vielmehr eine Weltpolitik, die "mit diplomatischem Dialog, Wirtschaftsbeziehungen und Armutsbekämpfung" das "Verzweiflungspotential und damit die Sicherheitsrisiken" auf der Welt, Terrorismus inklusive, reduziere, betont der deutsche Außenamtschef Fischer.

Ausgesprochen verlogen ist diese Verheißung eines ganz "zivilgesellschaftlichen" Imperialismus von europäischem Boden aus - und zugleich verräterisch. Das Hochhalten der „abendländischen Ideale“ verrät überdeutlich ihr weltpolitisches Problem. Es "ärgert" sie, dass die Führungsmacht mit ihrem antiterroristischen Welt-Feldzug die schönen diplomatischen Kalkulationen und Wirtschaftsbeziehungen der Europäer durchkreuzt, mit Hilfe derer die Europäer ihre weltpolitischen Interessen durchzusetzen suchen.

Dabei vergessen die Europäer, dass sie ihre Instrumente der Einflussnahme erst auf Basis des weltumspannenden Abschreckungsregimes der USA, im Rahmen der auf einen rein militärischen "Sicherheitsbegriff" begründeten Weltordnung, entwickelt haben. Damit ist jetzt Schluss.